

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 29.04.2025)

Titel: Soziale Teilhabe

Antragstext

1 Soziale Teilhabe

2 Wer GRÜN wählt, stimmt für ...

- 3 • inklusive Quartiere mit wohnortnahen Beratungs- und Begegnungsangeboten.
- 4 • mehr Dritte Orte als demokratische Räume – offen für alle Menschen.
- 5 • unbürokratische Soforthilfen für Menschen in akuten Notlagen.
- 6 • Erhalt und Weiterentwicklung des Münster-Passes.

7 Grüne Politik steht für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe aller
8 Menschen. Unabhängig von finanzieller Situation und Bildung,
9 Migrationsbiografie, Alter, sexueller Identität oder gesundheitlichen
10 Einschränkungen müssen alle Zugänge zu sozialen, kulturellen und politischen
11 Angeboten haben. Dazu werden wir Barrieren abbauen und Zugänge schaffen, um
12 Partizipation, Teilhabe und Teilnahme zu fördern und Perspektivlosigkeit,
13 Isolation und Einsamkeit zu verhindern. Unsere Sozialpolitik setzt auf
14 Selbstbestimmung statt Entmündigung – sie soll Menschen befähigen, ihr Leben
15 eigenständig zu gestalten.

16 Unser besonderes Augenmerk liegt auf Menschen in schwierigen Lebenslagen – für
17 sie werden wir die Versorgung mit passgenauen Angeboten sichern und weiter
18 ausbauen. Grüne Politik steht für Solidarität mit Menschen mit erhöhtem
19 Unterstützungsbedarf und für unbürokratische, schnelle Hilfen, damit alle
20 Münsteraner*innen aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Soziale Teilhabe erfordert eine starke und vielfältige soziale Infrastruktur. Die Trägervielfalt in Münster ist ein zentraler Baustein dieser Infrastruktur, die wir erhalten und ausbauen werden. Dafür werden wir eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung sicherstellen und insbesondere kleine Träger vermehrt unterstützen. Zudem werden wir die Vernetzung der Träger themenfokussiert weiter ausbauen.

Erfolge der letzten Ratsperiode

- Wir haben die Quartierskonzepte in den Stadtteilen deutlich ausgebaut – mit neuen Quartierstreffs und einem stärkeren Quartiersmanagement, das die Nachbarschaften stärkt und vernetzt.
- Wir haben die Wohnungslosenhilfe auf eine neue Stufe gehoben: mit einem umfassenden Masterplan, der neue Wohnangebote schafft, eine soziale Wohnraumagentur etabliert, präventive Hilfen stärkt und speziell auf wohnungslose Frauen, junge Menschen und Familien zugeschnittene Angebote ausbaut.
- Wir haben den Münster-Pass erweitert und abgesichert, um noch mehr Menschen den Zugang zu wichtigen Angeboten und gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen.

Quartierskonzepte

Unser Ziel ist es, inklusive Stadtteile und Sozialräume zu schaffen, in denen alle Menschen selbstbestimmt und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben und in ihrem Umfeld leben können. Hierzu werden wir eng mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe als einem wesentlicher Träger der Inklusion und anderen Träger bei der Sozialplanung zusammenarbeiten.

Bis 2030 werden wir die Zielsetzung der Stadt, in allen Stadtteilen Quartiersstützpunkte und -treffs einzurichten, schrittweise umsetzen. Unter ihrem Dach werden wohnortnah professionelle soziale Beratungs- und Unterstützungsangebote entwickelt, insbesondere für Kinder und Jugendliche sowie ältere Menschen. Hierbei werden wir auch die Mehrgenerationenhäuser und Stadteiltreffs einbeziehen sowie Initiativen und Nachbarschaften in den Stadtteilen stärken und deren Arbeit unterstützen. Besonders im Blick haben wir dabei Stadtteile, in denen Menschen mit sozialen Benachteiligungen zu kämpfen haben. Hier setzen wir uns gezielt für den gleichberechtigten Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen ein.

Für alle Menschen im Stadtteil werden leicht zugängliche Angebote für Begegnung, Kommunikation, solidarische Nachbarschaft sowie freiwilliges und ehrenamtliches Engagement entwickelt. Wir schaffen Orte der Begegnung und des Austausches zwischen gesellschaftlichen Gruppen – etwa zwischen Jüngeren und Älteren oder Menschen mit und ohne Migrationserfahrungen. Wir werden die Einrichtung von Quartiersbudgets zur Förderung der ehrenamtlichen Arbeit prüfen. Zur Entwicklung und Koordination in den Quartieren werden wir zusätzliche Stellen für Quartiersmanager*innen einrichten.

Wir werden die sozialen Beratungsangebote und die Stadtteilsozialarbeit ausbauen und weiterentwickeln. Die Stadtteilsozialarbeit umfasst unter anderem Beratung zur Grundsicherung sowie aufsuchende Hilfen, um Menschen in sozialen Notlagen oder prekären Lebenssituationen zu unterstützen. Dazu gehören auch Hilfen zur Haushaltsführung bei Pflegebedarf, gesundheitlichen Einschränkungen, bei einer Behinderung oder im Alter sowie Angebote gegen Einsamkeit. Unser Ziel ist es, den Menschen ein selbstständiges Leben und Wohnen in ihrem Quartier zu ermöglichen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zu einer präventiven, sozialraumorientierten Stadtpolitik.

Dritte Orte

Leicht erreichbare, wohnortnahe und nicht-kommerzielle Dritte Orte sind wichtige demokratische Räume für ALLE. Die Möglichkeit, hier außerhalb des privaten und beruflichen Kontextes mit anderen in Kontakt zu treten, muss für Menschen aller Generationen möglich sein, ohne etwas zu kaufen oder zu konsumieren. Orte der Begegnung zwischen Alt und Jung, des kreativen „Abhängens“ von Jugendlichen, des Verweilens von Älteren sowie der Muße im hektischen Alltag fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt und machen eine Stadt lebenswert. Wir werden vielfältige und inklusive Dritte Orte in allen Stadtteilen schaffen und dabei Stadtteil- und Nachbarschaftsinitiativen aktiv einbinden.

Wir werden ein Förderprogramm für Dritte Orte ins Leben rufen. Damit werden wir Initiativen unterstützen, die barrierefreie oder barrierearme Begegnungsräume schaffen und bekannt machen. Dazu können auch niedrighschwellige und kostengünstige Projekte gehören, etwa sogenannte Plauderbänke.

Die Stadtverwaltung beauftragen wir, einen „Runden Tisch Dritte Orte“ einzurichten. Ziel ist es, den Austausch zu fördern und gemeinsam Ideen zu sammeln, wie bestehende Infrastruktur und Angebote kreativ und einfach ergänzt werden können, um Begegnungen zu ermöglichen und Einsamkeit entgegenzuwirken. Auch Unternehmen und die Zivilgesellschaft laden wir ein, sich an diesen Initiativen zu beteiligen und sie zu unterstützen.

Unbürokratische Hilfen

GRÜNE machen nicht nur Politik für „Leistungsträger“, sondern für alle Münsteraner*innen. Grüne Politik bedeutet, Zugänge zu schaffen. Deshalb werden wir uns weiter für den Ausbau unbürokratischer und flexibel greifender Hilfsangebote einsetzen.

Es gibt viele Gründe, weshalb Menschen, die sich in prekären Lebenssituationen befinden, in akute Notlagen geraten. Um in diesen Fällen eine schnelle, unkomplizierte Hilfe bieten zu können, werden wir einen Hilfsfonds initiieren. Über diesen Hilfsfonds können kurzfristig entstandene Kosten abgedeckt werden – in der Struktur vergleichbar mit dem Sozialenergiefonds für einkommensschwache Haushalte, den die Stadt Münster gemeinsam mit den Stadtwerken und den Wohlfahrtsverbänden angeschoben hat. Ziel ist, eine Verschärfung der finanziellen Schieflage und daraus resultierende Folgen abzuwenden; der Anspruch auf staatliche Leistungen muss davon unberührt bleiben.

Eine Zielgruppe sind in diesem Kontext zum Beispiel neu in Münster ankommende Migrant*innen, die nicht schnell genug eine Erwerbsarbeit aufnehmen können sowie keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben. Wir werden daher perspektivisch die dauerhafte Sicherung unabhängiger Beratungsstellen wie der Europa-Brücke Münster gewährleisten, damit sie Unterstützung erhalten, ihre Rechte durchsetzen und ihre Lebenslage verbessern können.

Für gelungene selbstbestimmte Teilhabe braucht es zudem Sprachfähigkeit und ein funktionierendes, bedarfsgerechtes Informationswesen. Es gibt Menschen, die aus Unkenntnis oder aus Scham ihnen zustehende Sozialleistungen nicht in Anspruch nehmen – hier muss die Kommune über geeignete Kanäle deutlich auf solche Leistungen im Bedarfsfall aufmerksam machen. Menschen mit geringen Deutschkenntnissen brauchen in der Auseinandersetzung mit Ämtern, mit Trägern, mit Beratungsstellen ebenso Unterstützung, um informiert Entscheidungen treffen und Angebote wahrnehmen zu können. Dafür braucht es nicht immer zertifizierte Dolmetscher*innen, die erst beantragt und finanziert werden müssen. Wir setzen uns deshalb für eine Erweiterung des Sprach- und Kulturmittlungs-Tools des Kommunalen Integrationszentrums ein.

Präventiv setzen wir weiterhin auf eine gute Schuldner*innenberatung und einen unabhängigen Verbraucherschutz.

Weiterhin werden wir den Ausbau des Münster-Passes weiter fördern, der einkommensarmen Bürger*innen die kostengünstige Teilnahme in verschiedenen Bereichen anbietet sowie den Kauf vergünstigter Tickets für den ÖPNV. Der

128 Münster-Pass soll weiter fortgeführt werden und zusätzliche
129 Kooperationspartner*innen gewinnen, um noch stärker und differenzierter die
130 Bedarfe der Zielgruppen abzudecken.

131 Auch suchtkranke Menschen brauchen weiterhin adäquate Unterstützung – nicht nur
132 durch die Sicherung und den Ausbau von zentralen Anlaufstellen, sondern
133 verstärkt durch aufsuchende Sozialarbeit, um die notwendige und hinreichende
134 Versorgung im Quartier weiter voranzutreiben. Zugleich wollen wir das Angebot an
135 ambulant betreuten Wohngruppen erweitern.

136 Zur Unterstützung von Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen
137 werden wir die bestehende soziale Infrastruktur weiter fördern und
138 bedarfsgerechte Unterstützung ausbauen – dazu gehören dezentrale Hilfsangebote
139 und gezielte Maßnahmen für betroffene Gruppen wie junge Menschen, Frauen und
140 queere Personen. (Verweis Kapitel Wohnen)

141 Es gilt also insgesamt, für passgenaue, zugängliche Hilfen die städtischen
142 Beratungsangebote sowie Angebote freier Träger zu stärken und fest in der
143 sozialen Stadtteilarbeit zu verankern.